

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39  
Telefax: 8 95 848 pbbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Walter Kolbow MdB zu  
Rahmendaten einer eu-  
ropäischen Sicher-  
heitsstruktur: Perspek-  
tiven einer Friedensord-  
nung.

Seite 1

Hans Büchler MdB zum  
Stellenwert der deut-  
schen Sprache in den  
Staaten Mittel- und  
Osteuropas: Nach dem  
Umbruch die Chance  
des Austausches nut-  
zen.

Seite 4

47. Jahrgang / 7

10. Januar 1992

### Perspektiven einer Friedensordnung

Zu Rahmendaten einer europäischen Sicherheitsstruktur

Von Walter Kolbow MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-  
Bundestagsfraktion

Die umwälzenden Veränderungen in Europas sicherheitspolitischer Landschaft während der letzten drei Jahre bieten mehr denn je die große Chance, langfristig das Ziel einer stabilen gesamteuropäischen Friedensordnung zu erreichen. Auf dem Weg dorthin gilt es, die positiven Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der ehemaligen Sowjetunion abzusichern und zu stabilisieren, damit die Umgestaltungsprozesse friedlich ablaufen und nicht wie in Jugoslawien in praktisch nicht steuerbare Konflikte und nicht einzudämmende militärische Auseinandersetzungen umschlagen.

Die traditionelle Sicherheits- und Bündnispolitik hat uns zwar den großen Krieg erspart, aber das unsinnige Blutvergießen auf dem Balkan nicht verhindern können. Europa braucht deshalb ein kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das nicht nur vor zukünftig schwer kalkulierbaren äußeren Risiken, sondern auch vor Krieg oder Bürgerkrieg unter seinen Mitgliedsstaaten schützt. Zugleich geht es darum, in dem entstehenden Sicherheitsraum einer "Euro-atlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok" einen gleichen Wertestandard durchzusetzen und zu bewahren. Die "Schlußakte von Helsinki" und die "Charta von Paris" haben die Maßstäbe dafür gesetzt.

Europa verfügt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bereits über ein Geflecht von Organisationen, die über mehrfache Mitgliedschaften miteinander verbunden sind: Alle WEU-Mitglieder sind zum Beispiel zugleich Signatarstaaten der KSZE, NATO und EG. Bisher wurde von den komplementären Funktionen dieser Organisationen ausgegangen - eine Formel, die zuletzt noch der Gipfel von Rom im November 1991 bestätigte. Dieser Ansatz greift jedoch zu kurz und ist nur für eine Übergangszeit akzeptabel: Denn den besten Rahmen für Aufbau und Vollendung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystem stellt die KSZE dar; NATO und EG/WEU sollten als Substrukturen begriffen werden, die im Laufe der Entwicklung an die KSZE herangeführt und mit ihr kongruent werden sollten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Wenigster Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Um den Vorrang der KSZE zu dokumentieren und in die politische Praxis umsetzen zu können, müssen deren Institutionen und Strukturen, vor allem der Rat der KSZE, der Ausschuß Hoher Beamter und das Konfliktverhütungszentrum in ihren Kompetenzen kontinuierlich gestärkt werden. Die Zuständigkeit der KSZE für den Schutz der Grundwerte in ihren Mitgliedstaaten muß bis hin zum militärischen Interventionsrecht - gegen die Stimme des Betroffenen - als allerletztem Mittel erweitert werden. Hier würde im europäischen Rahmen vorweggenommen, was auch für die Reform der Vereinten Nationen diskutiert wird.

Das Miteinander anstelle des früheren Gegeninander in Europa läßt sich am sinnfälligsten dokumentieren in der mittelfristigen Öffnung des westlichen Verteidigungsbündnisses für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, die dies auch anstreben. Bei der Nordatlantischen Versammlung Ende Oktober 1991 in Madrid ist dieser schon zuvor geäußerte Wunsch von Seiten verschiedener Delegationen ehemaliger Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages wiederholt worden. Die Ausweitung der NATO darf jedoch keine neuen Frontlinien schaffen - die aus der Konkursmasse der Sowjetunion neu entstandenen souveränen Republiken müssen dazugehören. Die NATO könnte so zur militärischen Komponente der KSZE weiterentwickelt werden und schließlich in dieser aufgehen. Denn sie hat den Vorteil über funktionierende politische und integrierte militärische Strukturen zu verfügen, die für die KSZE erst neu geschaffen werden müßten.

Das auf dem NATO-Gipfel von Rom verabschiedete Liaison-Konzept für die Beziehungen zu den Staaten Mitteleuropas einschließlich der ehemaligen Sowjetunion ist ein wichtiger und richtiger Schritt auf dem Weg zur Sicherheitspartnerschaft. Es trägt zur weiteren Vertrauensbildung bei und verbessert das subjektive Sicherheitsgefühl der Nicht-NATO-Mitglieder dieses Raumes. Ein wichtiges Element dieser Zusammenarbeit stellt die Hilfe bei der Demokratisierung der Streitkräfte in den neuen Staaten dar. An NATO-Schulen haben erste Kurse für Offiziere aus Mittel-Ost-Europa stattgefunden, bei denen die Funktionsweise des Atlantischen Bündnisses, der politischen Kontrolle über die Streitkräfte und der Prozeß kollektiver Entscheidungen nach dem Konsensprinzip vermittelt wurden. Den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der osteuropäischen Länder und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kann aber nur für eine Übergangszeit durch indirekte Sicherheitsgarantien und neue Institutionen wie dem "Nordatlantischen Kooperationsrat" Rechnung getragen werden. Letztlich darf ihnen der NATO-Beitritt ebensowenig verwehrt werden wie der Beitritt zu einer erweiterten EG oder Europäischen Politischen Union, im Gegenteil: Der NATO-Beitritt ist sogar wünschenswert, wenn ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem entstehen soll.

Die WEU ist bisher zwischen NATO und EG angesiedelt. Auf ihrem Bremer Parteitag hat die SPD im Mai 1991 beschlossen, sie an die Europäische Politische Union heranzuführen, sie damit in letzter Konsequenz zu deren sicherheitspolitischer Komponente zu machen. So weitgehende Selbständigkeit wird jedoch vor allem von den USA und Großbritannien nicht gewünscht, die die WEU eher als Untermenge der NATO für besondere Aufgaben verstehen und die Schaffung gesonderter Strukturen für das Europäische Bündnis vehement bekämpfen. Die WEU hat schon mehrfach Koordinierungsaufgaben für Operationen europäischer Streitkräfte dort übernommen, wo die NATO aufgrund der geographischen Begrenzung ihres Geltungsreiches nicht tätig werden konnte. Die Durchsetzung des UNO-Embargos gegen den Irak und die Minenräumoperationen nach dem Ende des Golfkrieges sind noch in frischer Erinnerung. Die Festschreibung einer solchen Aufgabenteilung würde die Konkurrenz von NATO und WEU vermeiden, entspricht aber nach meiner Auffassung weder dem Buchstaben noch dem Geist des WEU-Vertrages. Leider hat der jüngste EG-Gipfel von Maastricht in dieser Hinsicht keine klare Entscheidung getroffen, sondern das europäische Bündnis sowohl der NATO als auch der EG zugeordnet.

Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa mit integrierter Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer eigenen Verteidigungsidentität kann als Vorbild für die übrigen Staaten wirken und den schmerzhaft drohenden Rückfall in nationalstaatliches Denken und traditionelle Gleichgewichtspolitik mit der Folge neuer Aufrüstung verhindern. Nationale oder ethnische Konflikte

könnten über freiwillige Zusammenschlüsse zu Staatengemeinschaften mit koordinierter Politik und Garantien der Menschen- und Minderheitenrechte aufgelöst werden. In dieser Hinsicht kommt dem neuen Staatenbund auf sowjetischem Territorium eine Vorreiterrolle zu.

Das militärische Potential des künftigen gesamteuropäischen Sicherheitssystems darf ein noch festzulegendes Niveau nicht überschreiten. Die veränderte sicherheitspolitische Lage und die qualitativ anderen globalen und regionalen Risiken erlauben schon heute weitere drastische Schritte bei der Abrüstung und Reduzierung der europäischen Streitkräfte. Der Prozeß der konventionellen Rüstungskontrolle muß im Rahmen der KSZE zügig fortgesetzt werden. Wegen der zunehmenden Zahl von beteiligten Staaten (in Europa 40 plus) wird es schwierig sein, rasch zu substantiellen und verifizierbaren Ergebnissen zu kommen. Es muß deshalb ernsthaft über neue Formen der Verhandlungen nachgedacht werden: Wechselseitige Vorleistungen oder an der Bevölkerungszahl orientierte Streitkräfte-Obergrenzen könnten ein Ausweg aus diesem Dilemma sein, weil sich die Verhandlungen dann auf Verifikationsvereinbarungen beschränken könnten.

Spannungen und Konflikte außerhalb Europas, die sich in militärischen Auseinandersetzungen entladen haben, sind oft genug durch den fortgesetzten Export konventioneller Waffen begünstigt worden. Dabei standen sehr häufig wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Beweggründe im Vordergrund. Im Krieg gegen den Irak kämpften Truppen verschiedener Staaten gegen eigene Waffensysteme auf der anderen Seite. Deshalb darf es Rüstungsexporte außerhalb des europäischen Sicherheitssystems nicht geben. Dazu gehört auch die strikte Nichtweitergabe von ABC- und Trägertechnologie. Diese Politik wird letztlich nur glaubwürdig sein, wenn im Rahmen dieses Systems nicht nur auf B- und C-Waffen, sondern auch auf Atomwaffen verzichtet wird. Auf absehbare Zeit ist dies zwar nicht zu erwarten. Schritte auf dem Weg dorthin könnten aber ein vollständiger Teststopp, Produktionsstopp, die völlige Beseitigung substrategischer Systeme und eine über den START-Vertrag hinausgehende drastische Reduzierung strategischer Systeme sein. Damit könnten auch die atomaren Gefahren, die nicht nur aus dem Zerfall der Sowjetunion erwachsen, zumindest minimiert werden.

Die militärische Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland muß im Rahmen des kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitssystems geleistet werden. Jede Tendenz zur Renationalisierung deutscher Sicherheitspolitik ist abzulehnen. Eine mindestens symbolische Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Deutschland bleibt auch aus diesem Grund wünschenswert. Bilateralen Initiativen, wie dem deutsch-französischen Armee-Korps, ist eine Absage zu erteilen, wenn nicht für die Zukunft der Beteiligung weiterer Nationen und die reziproke Stationierung sichergestellt sind.

In der gegenwärtigen Situation hat aber auch die Wirtschaftspolitik sicherheitspolitische Bedeutung. Kristallisationspunkt der Hoffnungen der jungen Demokratien Mittel-Ost-Europas und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bleibt der Wirtschaftsmagnet EG. Westeuropa darf die Erwartungen nicht enttäuschen. Wenn es ihm nicht gelingt, den radikalen Kurswechsel der dortigen Wirtschaftspolitik mit den zwangsläufig auftretenden politischen und sozialen Verwerfungen abzusichern und in friedlichen Bahnen zu halten, drohen regionale politische und soziale Konflikte, die sich rasch ausweiten könnten.

Die Befassung mit der europäischen Friedensordnung darf jedoch nicht den Blick auf die globalen Herausforderungen verstellen: Klima- und andere ökologische Katastrophen, zivile Katastrophen durch nicht beherrschbare Technologien, Unterentwicklung und Hunger. Europa ist keine Insel der Seligen, die sich von diesen weltweiten Entwicklungen abkoppeln könnte. Die ihnen innewohnenden Risiken sind in erster Linie nicht-militärischer Art, und deshalb helfen gegen sie auch keine Streitkräfte. Parallel zur Schaffung eines gesamteuropäischen und vergleichbarer Sicherheitssystems an der europäischen Peripherie, gegebenenfalls auch in Südostasien und Afrika, müssen folglich mit Vorrang die Ursachen solcher negativer Entwicklungen bekämpft werden.

(-/10. Januar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Nach dem Umbruch die Chance des Austausches nutzen**  
**Zum Stellenwert der deutschen Sprache in den Staaten Mittel- und Osteuropas**

Von Hans Bächler MdB

Sollte es je eine bipolare Welt gegeben haben, dann ist sie jedenfalls mit dem Ende der UdSSR untergegangen. Was immer über vier Jahrzehnte die Stabilität des starren Ost-West-Gegensatzes definierte, gilt heute nicht mehr. In den Ländern Mittel- und Osteuropas herrscht Aufbruch und Umbruch wie seit Anfang des Jahrhunderts nicht mehr. Der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst, der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) ist ein Begriff für Historiker geworden und in der GUS weiß man noch nicht viel um Form und Inhalt zukünftiger Zusammenarbeit.

Die Ideologie des Kommunismus hat sich zwar diskreditiert, aber was an ihre Stelle treten soll, ist höchst unklar. Die Planwirtschaft hat versagt, aber die Marktwirtschaft noch nicht gesiegt. Millionen Menschen suchen nach neuen Orientierungen und überprüfen ihre bisherigen Lebensbiographien. Staaten und Staatengemeinschaften definieren ihre Stellung in der Völkergemeinschaft neu, suchen Anschluß über Assoziierungsabkommen an die EG oder experimentieren mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Konzepten.

In dieser historischen Umbruchsituation, die ihresgleichen in der abendländischen Geschichte sucht, wird eine konstruktive und faire Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten im gemeinsamen Haus Europas zur *conditio sine qua non* einer friedlichen Zukunft. Enge Zusammenarbeit in einer immer globaleren, vernetzteren, auf Kommunikation und Austausch angelegten Welt hat vor allem viel mit Sprache zu tun.

Fremdsprachenkenntnisse werden im Prozeß des Ausbaus des Europäischen Binnenmarktes und des marktwirtschaftlichen Umbaus des Osten Europas immer bedeutsamer. Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert kommt der Wunsch nach Kenntnis der englischen, französischen und deutschen Sprache aus weiten Kreisen der Bevölkerung in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumäniens, der Baltischen Staaten, Rußlands, der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten selbst. Während jedoch die Botschaften Frankreichs und Großbritanniens für Schulen oder andere Lehrinstitutionen z.B. Satellitenempfänger installieren, um die Möglichkeit des Sprachunterrichts zu gewährleisten, üben die zuständigen deutschen Stellen eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Während Frankreich und Großbritannien die zahlreichen Wünsche nach Lehrkräften und Lehrmaterial nach besten Kräften zu erfüllen versuchen, schickt die Bundesregierung eine verschwindend kleine Zahl an arbeitslosen Lehrern und Lehrerinnen fast wie strafversetzt in den Osten. Dieses wenig motivierende Gefühl wird verstärkt, wenn genau jene Lehrer von ihrem Auslandsaufenthalt zurück direkt in die Arbeitslosigkeit kommen und nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

In international operierenden Unternehmen wird die Koordination von betrieblichen Erfordernissen und fremdsprachlichen Fähigkeiten seit jeher unternehmensintern gefördert. Anders sieht es bei den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben aus, die im Osten Europas entstehen und die auf externe Anbieter, d.h. auf Schulen angewiesen sind. Der begründete Verdacht ist der, daß die Bundesregierung im Grunde nichts tut, um einem riesigen Bedarf an deutschsprachlichen Kenntnissen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas halbwegs angemessen nachzukommen.

Bei der zweifelsohne großen Bedeutung eines intensiven Austauschs und wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas in den nächsten Jahrzehnten ist es fast ein Hohn, wie die Bundesregierung auf diese Herausforderung reagiert. Anstatt Schulen zu bauen und Lehrer einzustellen, werden Schulen geschlossen. Der Außenminister, für die auswärtige Kulturpolitik verantwortlich, reist zwar gerne durch die östlichen Länder und verteilt hochdotierte Schecks, die jedoch meistens nicht zweckgebunden sind und daher nicht selten in diffusen Kanälen versickern.

Instrumentarien und Regeln, die einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung zugrunde liegen, müssen von den Menschen erlernt und begriffen werden, damit sie Erfolg, Stabilität und Sicherheit vermitteln können. Ein noch so großzügiger Scheck kann dieses Lernen nicht ersetzen.

Der Deutsche Bundestag sollte sich zum Ziel setzen, die Bundesregierung weniger zum Geldverteilen zu animieren, sondern zu konkreten Hilfen zu zwingen, in diesem Fall dazu, einiges zum Abbau der Sprachbarrieren zu unternehmen.

Wenigstens folgende Fragen sollten möglichst bald geklärt sein und der Bundesregierung zur Beantwortung vorgelegt werden:

- Trifft die Information zu, daß gemäß des "Königsteiner Schlüssels" sich Bund und Länder auf eine Quote von lediglich 300 Lehrer/innen für den Unterricht an deutschsprachigen Schulen in den Ländern Mittel- und Osteuropas geeinigt haben? Trifft es weiterhin zu, daß manche Bundesländer ihre Quote nur deshalb nicht erfüllen, weil einige Finanzminister ihr Placet nicht gegeben haben?
- Sollten die Länder ihr Engagement aus Sicht der Bundesregierung ausweiten? Wenn ja, in welcher Höhe müßten Finanzmittel der Länder nach Ansicht der Bundesregierung bereit gestellt werden, um der historischen Aufgabe eines angemessenen deutschsprachigen Engagements in den Ländern Mittel- und Osteuropas gerecht zu werden?
- Geht die Bundesregierung heute von einem Mangel an Deutschlehrern/innen in den Ländern Mittel- und Osteuropas aus? Wenn ja, in welcher Größenordnung konstatiert die Bundesregierung einen steigenden Bedarf an Lehrern für die deutsche Sprache? Wieviel Deutschlehrer für den Primar- und Sekundarstufenbereich werden speziell in Polen von polnischer Seite für notwendig gehalten?
- Wie groß ist die Zahl der Deutschlehrer/innen, die aus den neuen Bundesländern im Jahr 1991 entsandt wurden? Wie groß war die Zahl der aus der ehemaligen DDR entsandten Deutschlehrer in die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich der UdSSR im Jahre 1989 und 1990?
- Stimmt es, daß die materielle Ausstattung für die Lehrer aus den neuen Bundesländern keinesfalls vergleichbar mit der Ausstattung der Lehrer aus den alten Bundesländern ist?
- Stimmt es, daß die aus den neuen Bundesländern stammenden und vom Bund finanzierten Lehrer durch Sachsen-Anhalt mit nur sechs Lehrern und durch Sachsen mit keinem einzigen Lehrer in den Staaten Mittel- und Osteuropas repräsentiert sind?
- Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß mit wachsendem Engagement der deutschen Industrie in den Staaten Mittel- und Osteuropas - z.B. durch die Gründung eines Volkswagenwerks in der Nähe von Prag - es einen unabwiesbaren Mehrbedarf an deutschsprachigen Schulen im Ausland geben wird? Wie bereitet sich die Bundesregierung darauf vor?
- Wieviele Schulen gibt es überhaupt in den Staaten Mittel- und Osteuropas, an denen Deutsch gesprochen bzw. gelehrt wird? Wieviele Schulen gibt es, an denen ausschließlich oder überwiegend Deutsch gesprochen wird? Hat sich ihre Zahl 1991 gegenüber 1990 erhöht?
- Wieweit hat die Bundesregierung an die teilweise sehr gute Arbeit der ehemaligen DDR angeknüpft und bereits existierende deutsche Schulen im Ausland übernommen? Wurden

bereits existierende deutsche Schulen geschlossen? Was passierte mit den noch von der DDR geschlossenen Lehrer- und Lektorenverträgen?

- Meint die Bundesregierung, daß die Zentralstelle für das Schulwesen im Ausland in Köln mit ihren Vorbereitungslehrgängen auf die Auslandsaufenthalte von Lehrern, die lediglich eine Woche dauern, ihre eminent wichtige Aufgabe adäquat erfüllt? Wie sieht die Betreuung vor Ort aus? Findet eine auf das jeweilige Land bezogene Koordination statt; wird ausreichend Hilfestellung bei ganz banalen Alltagsproblemen (wie Wohnungssuche etc.) gegeben?
- Ist die neue Schule in Prag, konzipiert als deutschsprachliche Auslandsschule, ein Einzelfall? Sind in anderen Städten Mittel- und Osteuropas weitere Neugründungen geplant? Kann der Ausbau der deutschsprachlichen Schule in Moskau (Unterricht bis zum Abitur) als Beispiel dienen?
- Ist es möglich, bei Neugründungen über den Umweg durch Stiftungen (wie in Budapest) das jeweilige Land mit 50% der Kosten zu beteiligen?
- Wie sieht es mit den Fachkoordinatoren in den jeweiligen Ländern aus? Wird die Bundesregierung weitere Planstellen einrichten?
- Wie groß war die Zahl der Lektoren für die deutsche Sprache, die die ehemalige DDR im Jahre 1989 in die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich der UdSSR, entsandt hatte? Wieviele Lektoren hatte die Bundesrepublik im Jahre 1989 in diese Länder entsandt?
- Wieviele Lektoren hatte das vereinigte Deutschland im Jahre 1991 in diese Staaten entsandt?
- Wieviele angehende Deutschlehrer aus diesen Staaten haben 1989 in der ehemaligen DDR ein Auslandsstudium (Teil- oder Vollstudium) absolviert? Wieviele angehende Deutschlehrer aus diesen Staaten sind 1991 zu Studienaufenthalten nach Deutschland gekommen? Wieviel Stipendien stehen für 1992 zur Verfügung?
- Hat die Bundesregierung das umfangreiche Stipendienprogramm für Deutschlehrer und angehende Deutschlehrer aus der ehemaligen DDR im gleichen Umfang fortgesetzt? Wenn nein, warum nicht?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die lobenswerten Initiativen Frankreichs und Großbritanniens, die ihre jeweiligen Landessprachen in den Staaten Mittel- und Osteuropas durch konkrete Hilfen verbreiten? Und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in diesem Wettbewerb eine echte Alternative zu bieten und vor allem dem vielfachen Wunsch dieser Länder nach einem erweiterten deutschsprachigen Unterricht gerecht zu werden?
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es jetzt an der Zeit wäre, die deutsche Sprache als weitere Amts- und Arbeitssprache neben Englisch und Französisch in den europäischen Gremien einzuführen? Wenn ja, welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung zu diesem Zweck?

(-/10. Januar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*